

«Es braucht eine Anstrengung von allen»

Die Schweiz will, dass an der Weltklima-Konferenz alle Staaten einen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten



Klimafaktor. Durch das Abbrennen von Wäldern (Bild: Amazonasgebiet, Brasilien) werden grosse Mengen Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Foto Alexander Lees, Science/AAAS

INTERVIEW: CHRISTIAN MIHATSCH
Botschafter Thomas Kolly (50), Leiter der Abteilung Internationales im Bundesamt für Umwelt und Chef der Schweizer Delegation bei den internationalen Klimaverhandlungen, ist zuversichtlich, dass im Dezember in Kopenhagen ein gutes Resultat erreicht wird.

BAZ: Was will die Schweiz in den Klimaverhandlungen erreichen?

THOMAS KOLLY: Für uns ist es wichtig, dass alle Länder in das neue System eingebunden werden. Neben den Industrieländern wie der Schweiz, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, müssen zwei Kategorien von Ländern grosse Anstrengungen ma-



chen: die USA, die nicht beim Kyoto-Protokoll dabei sind, und die grossen Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien. Es ist das Ziel, in Kopenhagen ein rechtlich verbindliches Regime zu schaffen, das alle Länder einbindet.

Wie will die Schweiz das erreichen?

Durch beharrliche Überzeugungsarbeit. Ein wichtiges Mittel ist die enge Zusammenarbeit mit Südkorea, Mexiko, Liechtenstein und Monaco. Mit diesen Ländern bilden wir eine «kleine UNO», ein Abbild der ganzen Welt. Ausserdem haben wir mit der EU und einzelnen EU-Ländern sehr enge Kontakte. Das Gleiche gilt für Länder wie Norwegen oder die USA sowie die Entwicklungsländer.

Kann ein kleines Land wie die Schweiz überhaupt Einfluss neh-

men? Ist es nicht eher so, dass die USA und China den Klimavertrag unter sich ausmachen?

Die Verhandlungen laufen in einem strukturierten Prozess ab. Aber es gibt natürlich auch Prozesse, die darum herum

«Wenn der Wille da ist, wird man ein substanzielles Resultat erzielen.»

laufen, wie etwa die G-8, die UNO, und schliesslich gehören auch bilaterale Prozesse wie solche zwischen China und den USA dazu.

Was bietet die Schweiz in den Verhandlungen an?

Wir haben eine ähnliche Position wie die EU: Der Bundesrat hat für 2020 ein Reduktionsziel

für die Schweiz von mindestens 20 und eventuell 30 Prozent gegenüber 1990 festgelegt, falls andere Länder mitziehen. Wir spielen in der oberen Liga mit dieser Offerte.

Ist das amerikanische Angebot von minus vier Prozent da gut genug?

Die Amerikaner haben überhaupt noch kein Angebot in Zahlen vorgelegt. Der Gesetzesentwurf, der derzeit im US-Kongress diskutiert wird, ist ein wichtiger Indikator, mehr nicht. Russland und Neuseeland haben übrigens auch noch keine offiziellen Angebote gemacht.

Der Weltklimarat sagt, dass die CO₂-Emissionen der Industrieländer bis 2020 um 25 bis 40 Prozent gesenkt werden müssen. Bislang gehen nur die Angebote der EU und der Schweiz in diese

Richtung. Werden die anderen Länder ihre Angebote nachbessern?

Es fehlen im Moment noch Zahlen wichtiger Länder. Verschiedene Staaten haben offengelassen, welche Anstrengungen sie unternehmen werden. Norwegen, die Schweiz und die EU haben die ambitioniertesten Ziele. Auf dem Weg nach Kopenhagen wird sich aber noch einiges bewegen, vor allem auf Seiten der USA und wohl auch der Schwellenländer.

Hat man sich in den Verhandlungen von dem Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, verabschiedet?

Nein. Die Frage ist, wer welche Anstrengungen machen muss. Die Entwicklungsländer sagen, das sei die Verantwortung der Industrieländer. Wir als Industrieländer sagen, das

stimmt, wir haben den Hauptteil der Verantwortung zu tragen. Aber wenn ihr nicht auch einen Beitrag leistet, werden wir nicht zu einem Niveau kommen, das verkraftbar ist für unseren Planeten. Es braucht eine Anstrengung von allen.

Bis zum Beginn der Konferenz in Kopenhagen sind es noch knapp 180 Tage. Ist das überhaupt zu schaffen?

Es hängt vom politischen Willen ab. Wenn der Wille da ist, wird man in Kopenhagen ein substanzielles Resultat erzielen. Aber in Kopenhagen werden sicher nicht alle Punkte im Detail gelöst. Das ist aber nichts Neues: Im Kyoto-Protokoll hat man viele Details auch erst in den folgenden Jahren geregelt.

Besteht nicht die Gefahr, dass sich ein derartiges Detail zur Bombe entwickelt?

Nein, das glaube ich nicht, wenn man sieht, was in all diesen Ländern läuft, und da rede ich von Industrie- und Entwicklungsländern. Gerade Länder wie China und Indien unternehmen viel, um die Energieeffizienz zu steigern und den Zuwachs der Emissionen zu reduzieren. Das Bewusstsein in diesen Ländern ist gewachsen, dass es in ihrem ureigensten Interesse liegt, ihre Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg einer nachhaltigen Entwicklung zu bringen.

Klima-Konferenz im Dezember

KYOTO-NACHFOLGE. 2012 läuft das Klimaabkommen von Kyoto aus. Im Dezember soll darum in Kopenhagen ein internationales Nachfolgeprotokoll erarbeitet werden. Die Schweiz ist dort mit einer zehnköpfigen Verhandlungsdelegation mit Vertretern aus den Bundesämtern für Umwelt und Landwirtschaft sowie dem Staatssekretariat für Wirtschaft präsent. Eine Vorbereitungskonferenz in Bonn ist vergangene Woche zu Ende gegangen (BaZ vom 6. Juni). mfu

Schweiz müsste zwei Milliarden zahlen

Entwicklungsländer fordern vom Westen Investitionen in den Klimaschutz

CHRISTIAN MIHATSCH

Die Schweizer produzieren zu viel CO₂. Dafür sollen sie zur Kasse gebeten werden. Wie viel die Schweiz am Ende zahlen muss, ist noch Verhandlungssache.

Pro Jahr stehen jedem Erdenbürger CO₂-Emissionen von rund zwei Tonnen zu. Derzeit produzieren die Schweizerinnen und Schweizer aber über sieben Tonnen CO₂. Sie leben also auf Kosten anderer, die weniger emittieren, etwa in Ländern wie Indien.

Ein Teil der Schweizer Klimaschuld wird nun von den Entwicklungsländern eingefordert. Sie verlangen, dass die Industriestaaten 200 Milliarden Dollar, rund 0,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts, für Investitionen in den Klimaschutz bereitstellen.

260 FRANKEN PRO KOPF. Diese Forderung haben die reichen Länder bislang weit von sich gewiesen. Doch nun kommt eine Studie der EU auf einen ähnlichen Betrag. Sie beziffert den Finanzbedarf der Entwicklungsländer, den diese nicht selber decken können, auf 100

Milliarden Euro für den Klimaschutz und 23 bis 54 Milliarden für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Dazu gehören etwa Deichbau oder die Entwicklung neuer Saatguts. Werden diese Beträge gemäss Wirtschaftskraft auf die Industriestaaten verteilt, entfällt auf die Schweiz gut ein Prozent. Dies entspricht zwei Milliarden Franken pro Jahr, pro Kopf rund 260 Franken pro Jahr.

VORSICHT. Gemäss EU-Studie würde jeder Schweizer so pro Jahr rund 120 Franken in die klimatische Verbesserung von Industrieanlagen und Energieerzeugung in Entwicklungsländern investieren, gut 30 Franken in den Schutz der Regenwälder und knapp zehn Franken in die Reduktion von Emissionen der Landwirtschaft. Ausserdem würden sich die Schweizer mit rund 80 Franken pro Jahr an den Kosten für den Deichbau in Bangladesch und ähnlichen Massnahmen beteiligen. Doch noch ist es nicht so weit. «Alle Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen. Niemand

weiss, was der finanzielle Bedarf ist, weder für Emissionsreduktionen noch für Anpassungsmassnahmen», sagt Thomas Kolly, Leiter der Schweizer Delegation bei den internationalen Klimaverhandlungen (Interview oben).

Dafür hat die Schweiz bereits einen Vorschlag gemacht, wie sich das nötige Geld einsammeln liesse: über eine globale CO₂-Steuer von zwei Dollar pro Tonne CO₂, die von allen ausser den ärmsten Entwicklungsländern zu zahlen wäre. Auf die Schweiz entfielen in diesem Fall Kosten von rund 80 Millionen Franken.

NEGATIV. Ob der Schweizer Vorschlag Gehör finden wird, ist ungewiss. «Die Begriffe 'Abgabe' und 'Steuer' sind in vielen Ländern negativ besetzt. Die politische Akzeptanz ist nicht sehr breit», sagt Kolly: «Für Entwicklungsländer ist es ausserdem schwierig zu akzeptieren, dass nicht nur Industriestaaten, sondern auch Entwicklungsländer diese Abgabe bezahlen müssten.» Gut, besteht noch Zeit zum Feilschen.

Umweltschützer fordern Fonds

CO₂-Steuer soll Kampf gegen Abholzung der Wälder finanzieren

FABIAN VETSCH

Im Hinblick auf die Weltklimakonferenz in Kopenhagen legen Vertreter von Umweltverbänden an einer Tagung in Hölstein (BL) ein Positionspapier für einen besseren Schutz der Wälder vor.

Die Schweiz war am Wochenende erstmals Austragungsort der Waldkonferenz der europäischen Umweltverbände. Die Veranstaltung wurde vom Basler Bruno Manser Fonds (BMF) organisiert. Vertreter von 36 internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) nahmen an der Tagung teil.

Seit einigen Jahren kennt man die Bedeutung der Waldzerstörung für die Klimaerwärmung. Heute werden jährlich rund 13 Millionen Hektar Wald zerstört.

KLIMAGEFAHR. Die daraus entstehenden Emissionen sind die zweitgrösste Quelle von menschenverursachtem Kohlendioxid. «Dies entspricht bis zu einem Drittel des weltweiten CO₂-Ausstosses», sagt Lukas Straumann, Geschäftsführer des BMF.

Am Klimagipfel in Bali im Dezember 2007 erkannten die Teilnehmer die Rodung und Zerstörung des globalen Waldbestandes erstmals als einen der wichtigsten Emissionsherde von Kohlendioxid. In der «Bali-Roadmap» wird vorgeschlagen, Massnahmen zu ergreifen, die Ende des Jahres am UNO-Klimagipfel in Kopenhagen konkretisiert werden sollen.

EINSTIMMIG. «Die Umweltorganisationen müssen mit geeinter Stimme sprechen», sagt Straumann im Hinblick auf die Kopenhagener Konferenz. Tatsächlich gibt es bei der Umsetzung von Massnahmen zur Eindämmung der Waldzerstörung noch einige umstrittene Punkte.

Jutta Kill von der Vereinigung europäischer NGO zum Waldschutz (Fern) ist skeptisch, ob «Kopenhagen» zu einer tauglichen Übereinkunft führen wird: «Die Bereitschaft der Staaten, die nötigen Mittel aufzuwerfen, ist kleiner als auch schon.» Der grosse Knackpunkt dürfte die Frage nach der Finanzierung

von geeigneten Massnahmen werden. Im Raum steht der Vorschlag einer marktorientierten Finanzierung. Dabei sollen Zertifikate für intakte Wadflächen vergeben werden, die dann in den globalen Emissionshandel gelangen sollen.

Ein Handel mit Waldzertifikaten muss laut Jutta Kill aber tunlichst vermieden werden: «Es besteht die Gefahr, dass Industrieländer sich durch den Erwerb solcher Zertifikate Verschmutzungsrechte in Entwicklungsländern kaufen und die dringend nötigen Anstrengungen vernachlässigen, den eigenen CO₂-Ausstoss zu senken.»

ABGABEN. Auf Seiten der Fern setze man deshalb in erster Linie auf die Finanzierung mittels einem Fonds, bestätigt Jutta Kill. Dieser könnte beispielsweise durch eine CO₂-Steuer auf Treibstoffe von international verkehrenden Flugzeugen und Schiffen oder einer Abgabe auf Börsenspekulationen mit kohlendioxidhaltigen Rohstoffen finanziert werden.